

Władysław Gomułka's Machtübernahme setzte es sich dauerhaft durch. War dieser 1948 mit seinem Vorhaben, die kommunistische Partei im Sinne eines ‚polnischen Weges zum Sozialismus‘ zu ‚polonisieren‘ – d.h. den Einfluß von Kommunisten jüdischer Herkunft zurückzudrängen – gescheitert (S. 186 f.), so standen seine letzten Jahre an der Macht seit 1967 unter dem Zeichen einer üblen antijüdischen Kampagne, mit der das Regime die Gesellschaft erneut hinter sich zu einen vermochte. Die beiden folgenden Abschnitte widmen sich dann der Benutzung des nationalistischen Arguments im Jahrzehnt Edward Giereks und schließlich, in einem Epilog, in den unruhigen 1980er Jahren unter dem Jaruzelski-Regime.

Am Ende seiner in der verdienstvollen zeitgeschichtlichen Reihe des Instituts für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften erschienenen Untersuchung gelangt Z. zu einem vernichtenden Urteil über die politische Strategie der polnischen Kommunisten: Sie, die offiziell den proletarischen Internationalismus verkündeten, hätten – besonders unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und im Jahr 1968 – ihre Politik nur deswegen „auf die niedrigsten Instinkte der Massen gegründet, um in ihren Augen endlich als polnische Repräsentanten und ‚zu uns Gehörige‘ anerkannt zu werden. In dieser Frage erinnerten sie an die extremsten Flügel der Rechten der Vorkriegsjahre. Der Nationalismus nach Art der polnischen Kommunisten war [...] grob, fremden-, deutsch- und jüdenfeindlich, [...] nicht auf die Staatsbürgergesellschaft bezogen, schablonenhaft und aufdringlich instrumentell“ (S. 399 f.).

Angesichts der von Z. selbst unterstrichenen Bedeutung des Zweiten Weltkrieges als Faktor nationalistischer Verhärtungen (S. 121) drängt sich abschließend die Frage auf, ob die für die polnischen Kommunisten wahrhaft revolutionäre „nationalistische Legitimierung“ nicht auch dann zum Zuge gekommen wäre, wenn sich die Polen nach 1944 für die einzige politische Alternative hätten entscheiden können. Die Polnische Bauernpartei (PSL) aber stand den Kommunisten in der Verwendung nationalistischer Argumente damals kaum nach, was sowohl die Zwangsaussiedlung bzw. -assimilierung der ethnischen Minderheiten anging als auch den verklärenden Blick auf die Rolle Polens in den Jahren der nationalsozialistischen Besatzung. Darüber herrschte in der polnischen Nachkriegsgesellschaft ein breiter, nahezu alle politischen Lager übergreifender Konsens. Etwas zu kurz kommt daher die Frage, was von Z.s Befunden tatsächlich der Strategie der Kommunisten anzulasten und was Ausdruck der allgemeinen politischen Stimmung gewesen ist.

Bibliographie und Personenregister beschließen die nicht nur von ihrem Forschungsansatz her richtungsweisende Studie.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

Grzegorz Strauchold: Autochtoni polscy, niemieccy, czy... od nacjonalizmu do komunizmu (1945-1949). [Polnische oder deutsche Autochthone, oder: Vom Nationalismus zum Kommunismus (1945-1949).] Wydawnictwo Adam Marszałek. Toruń 2001. 259 S.

Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung aus den ehemals deutschen, nach 1945 polnischen Gebieten war nicht vollständig: Unter verschiedenen Begründungen durfte bzw. mußte ein Teil der ansässigen Bevölkerung im neuen polnischen Staat verbleiben. Dieser erst in den letzten Jahren von der deutschen, insbesondere aber der polnischen Historiographie aufgegriffenen Thematik widmet sich auch die Studie des Thorner Historikers Grzegorz Strauchold.

St. beginnt seine Darstellung mit einem knappen Abriß der Grenz- und Verwaltungskonzeptionen des polnischen Untergrunds für die „geforderten Gebiete“ im Westen und Norden. Er deutet an, wie der Nationaldemokratie zuneigende Untergrundstellen weitgehend konfliktfrei in die neue, „kommunistische“ Verwaltung eingegliedert wurden, gleichzeitig aber regionale polnische Organisationen nicht in die Politik einbezogen wurden. Führend in der Konzeptionierung der Politik gegenüber den „Autochthonen“ wurde der Polnische Westverband.

St. beschreibt, wie – mit Rekurs auf historische Mythen – versucht wurde, die Eingliederung der „wiedergewonnenen“ westlichen und nördlichen Gebiete mit Festveranstaltungen sowohl nach außen zu legitimieren als auch nach innen festzuzurren. Erst diese ritualisierte Inbesitznahme, so St., habe die Existenz polnischsprachiger „Autochthonen“ ins Bewußtsein der zentralpolnischen Öffentlichkeit und der Behörden gebracht. Hieran schließen sich Betrachtungen über das schwierige Zusammenleben der „Autochthonen“ und der aus Ost- und Zentralpolen kommenden Siedler an: Die „Autochthonen“ wurden von Neusiedlern und lokalen Behörden oft systematisch als „verkappte Deutsche“ diskriminiert.

Problematisch war auch die Scheidung der Polen von den Deutschen. Zum einen gab es ausgeprägte regionale Identitäten, deren Einbindung um so schwieriger war, als die Zentralbehörden separatistische Ideen im Ansatz bekämpften. St. betont, daß Inkonsistenzen bei der Zwangsaussiedlung und Verifizierung, die unklare Rechtslage der „Autochthonen“, die schwierige soziale Lage und die prekäre Sicherheitslage in den „Wiedergewonnenen Gebieten“ der Hauptgrund dafür waren, daß die Eingliederung der „autochthonen“ Bevölkerung ins polnische Staatsvolk trotz aufwendiger „Repolonisierungs-Programme“ nicht gelang. Als ambivalent beurteilt er die Rolle der katholischen Kirche: Einerseits war sie eine der Hauptträgerinnen polnischen Nationalbewußtseins, andererseits war die Übernahme evangelisch-masurischer Gotteshäuser und die Ausrichtung eines Teils des Klerus auf die „Repatrianten“ aus dem Osten einer gesellschaftlichen Integration nicht hilfreich. Der Vf. zeichnet nach, wie soziale und materielle Rahmenbedingungen einerseits, politische Vorgaben andererseits zu Widersprüchlichkeiten in der polnischen Siedlungspolitik führten, die in der Praxis kaum aufgehoben werden konnten. Die Situation verschlimmerte sich weiter durch Raubüberfälle zentralpolnischer Banditen, die etwa im Sommer 1946 in Masuren das reife Korn von den Feldern stahlen und die Bevölkerung dem Hunger überließen. Zusätzlich zur Verunsicherung der Bevölkerung trug der Schwenk der britischen und amerikanischen Regierung bei: Ab Frühjahr 1946 wurde die Zugehörigkeit der neuen Gebiete zu Polen in Frage gestellt. Das Referendum vom 30. Juni 1946 war insofern auch eine Reaktion auf die Rede Churchills im März 1946 in Fulton. St. zeigt, daß die Ergebnisse auch in der Frage der Zugehörigkeit der West- und Nordgebiete zu Polen katastrophal waren und gefälscht werden mußten. In der Folge häuften sich Anträge auf Ausreise nach Deutschland, deren Motive der Vf. nicht im nationalen Bewußtsein sucht, sondern zutreffender in der Armut und Verunsicherung, in der die Mehrzahl der Autochthonen lebte.

In der zweiten Jahreshälfte 1946 bemühte sich insbesondere die kommunistische Arbeiterpartei (PPR) um eine „Aktivierung“ der „Autochthonen“. Gipfelpunkt war ein – materiell und propagandistisch aufwendiger – Kongreß in Warschau im Oktober 1946, auf dem es jedoch zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiter- und der Bauernpartei kam. Eine „brutale Offenheit“ des „Establishments“ gegenüber den „Veteranen der polnischen Nationalbewegung in Deutschland“ allerdings ist aus den von St. angeführten Zitaten nicht recht zu erkennen.

Abschließend beschreibt St. die „Ideologisierung“ der Politik gegenüber den Autochthonen ab 1948; fraglich bleibt freilich, wieso die zuvor ausführlich beschriebene versuchte Schaffung eines einheitlichen Staatsvolkes als weniger ideologisch bedingt angesehen wird. St. macht nicht deutlich, wie sich das Paradigma der Klassenzugehörigkeit in der politischen Praxis niederschlug: Er erwähnt lediglich, daß nicht mehr „Verdienste“ für Polen unter deutscher Herrschaft ausschlaggebend waren, sondern der aktuelle Aktivismus für die „Volksrepublik“. Unerwähnt bleibt die Bedeutung des polnischen Westens für die Kollektivierung: Hier fand die Politik Spielräume, die im übrigen Polen praktisch nicht bestanden.

Der Vf. betont – ohne diesen Umstand einer näheren Betrachtung zu würdigen –, daß für die damaligen Machthaber die Frage der ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerung zweitrangig gewesen sei; entscheidend seien militärstrategische und historische Erwägungen gewesen. Er übersieht die sozioökonomischen Überlegungen, die den Charakter der Umsiedlungsbewegungen maßgeblich mitbestimmt haben. Zentral ist für St. der evidente

Widerspruch zwischen „nationalistischer, antideutscher Staffage“ und dahinter verstecktem „marxistischen“ Charakter der kommunistischen Politik, ohne daß er diesen Widerspruch systematisch analysieren würde.

Die Konzentration auf das Schicksal der Autochthonen erscheint so stark, daß die Einordnung der beschriebenen Entwicklungen in die Gesamtheit der Vorgänge und Ziele in eine gewisse Schräglage gerät und es zu einzelnen Ungenauigkeiten kommt. So erwähnt St. nicht, daß nationalistische Konzeptionen nicht einfach übernommen, sondern auf unterer Verwaltungsebene häufig von nationaldemokratischen Funktionären vorangetrieben und auf nationaler Ebene in sozialistisch-republikanischer Richtung mitunter abgedämpft wurden. Ein Beispiel sind radikalisierende Initiativen auf Wojewodschaftsebene (Kennzeichnung Deutscher, von Zigeunern und Juden), die auf scharfe Kritik der Zentralbehörden stießen.

Ebenfalls unbefriedigend ist die Darstellung des Wandels, der sich nach den Wahlen von 1947 und unter den Bedingungen der beginnenden Stalinisierung abzeichnete: Nach Ansicht des Vf. wurde das nationale Paradigma aufgegeben und der eigentlich beabsichtigte Klassenkampf geführt. Natürlich veränderte sich die Regierungspolitik mit der Gründung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) Ende 1948, die schematische Gegenüberstellung von „national“ und „kommunistisch“ bleibt jedoch zu grob. Dies zeigt sich insbesondere in der unzureichenden Diskussion des soziologisch definierten Nationsmodells, wie es in der polnischen Praxis – nicht ohne Widersprüchlichkeiten – zur Anwendung kam. Auch fehlt eine systematische Einordnung des Eindringens deutscher Begrifflichkeiten in den offiziellen Diskurs ab 1947 – etwa des Begriffs des „Renegaten“. Hier wäre eine genauere Betrachtung der Reibungen zwischen sozialem, ökonomischem und nationalem Ordnungsanspruch, vor dem Hintergrund der realen Bedingungen, die der Vf. ausführlich beschreibt, sicherlich anregend gewesen.

Von diesen Schwächen abgesehen, bemüht sich St. erfolgreich um eine differenzierte Darstellung des Vorgehens von Parteien, Regierung und Bevölkerung, der Rahmenbedingungen und Folgen der polnischen Politik. Der zugrundeliegende Begriff von kollektiver Identität ist wesentlich differenzierter, als dies in der älteren Literatur der Fall war, wenn er auch nicht systematisch entwickelt wird. Hier wäre eine stärkere Berücksichtigung der neueren deutschsprachigen Literatur sicherlich sinnvoll gewesen.

Berlin

Michael G. Esch

Anna Cichopek: Pogrom Żydów w Krakowie 11 sierpnia 1945. [Das Judenpogrom in Krakau am 11. August 1945.] Verlag Żydowski Instytut Historyczny. Warszawa 2000. 269 S., 6 s/w Abb.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, der in manchen Regionen Polens bereits am Jahreswechsel 1944/45 zu Ende war, ereignete sich eine Reihe von gewalttätigen anti-jüdischen Ausschreitungen, denen insgesamt Hunderte von Juden zum Opfer fielen. Während zum Pogrom in Kielce 1946 eine Reihe von Publikationen erschienen sind, gab es zu den anti-jüdischen Ereignissen in Krakau bislang noch keine gründliche Darstellung.

Die vorliegende Arbeit ist die erste monographische Untersuchung zum Thema. Anna Cichopek hat bei gründlichen Studien u.a. in den Archiven der Stadt Krakau, des Jüdischen Historischen Instituts, des Militärischen Zentralarchivs sowie des Archivs Neuer Akten (jeweils in Warschau) erstmalig Quellen ausgewertet, die nicht nur eine genaue Rekonstruktion des Ablaufs ermöglichen, sondern darüber hinaus fundierte Thesen zu Hintergründen, Teilnehmern, Reaktionen und Konsequenzen erlauben. Zu den Gründen wird über die unmittelbare Auswirkung der nationalsozialistischen Judenhetze hinaus auch das Fortleben älterer anti-jüdischer Stereotype und Verhaltensweisen aus der Vorkriegszeit gezählt, denen die wenigen überlebenden Holocaustopfer nach ihrer Rückkehr in das öffentliche Leben ausgesetzt waren. Herausgestellt und motivkritisch befragt wird die Rolle von Polizei und Militär, die in Krakau die Unruhen weder zu verhindern noch die aufgeregte